

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

März 2011

Text 87.0

Offener Brief

an

die Moderatoren des HAZ-Forums
und an die Mitglieder der Redaktion der
Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ)

Kritik aus Nutzer- / Lesersicht

- A) Stein des Anstoßes: Die Löschung eines Links
- B) Abschied als aktiver Leser der HAZ nach über 40 Jahren

Anhänge

- 87.1 Korrespondenz Moderatoren / TA
- 87.2 Kommentare von TA zu „Philosophie kann klären“ * Wasserstraßen zu teuer /
Bund will Leine loswerden * Landesjuristen kritisieren Oberschule
- 87.3 Auszug aus: "Das grüne Buch" von Muammar el Ghaddafi
- 87.4 Informationsfreiheit / Offener Brief an die NZ vom März 1969
- 87.5 Artikel und Korrespondenz von und mit Gerd Grope, HAZ, 1969 / 1971
- 87.6 Korrespondenz mit Dr. Wolfgang Wagner, HAZ, 1977
- 87.7 "Ultrarechte Tendenzen"? Schreiben an HAZ von TA, 1983
- 87.8 "Meldungen ohne Hintergrunderhellung" Stellungnahme von TA, März 2011
- 87.9 "Das Ende der Schulden-Schummelei", Leserbrief, TA, März 2011

A) HAZ-Forum im Internet

Stein des Anstoßes: Die Löschung eines Links

Sehr geehrte Frau Lenz,

sehr geehrter Herr Aust,

ich kenne Sie persönlich nicht und weiß von Ihnen nichts. Um zu zeigen, daß es mir um die Sache und nicht um Personen geht, unterstelle ich Ihnen daher die besten Eigenschaften, die der Mensch in den verschiedenen sozialen Rollen zum Ausdruck bringen kann. Die Rolle, die Sie als Moderatoren selbstbestimmt oder weisungsgebunden spielen, nehme ich davon aus. Aber auch hier muß ich noch wieder einschränken, denn Sie haben ja brav meine in der Anhangübersicht (87.2) angeführten Beiträge ohne Änderungen durchgehen lassen. Das ist eine ungewohnte Wahrnehmung, weil Leserzuschriften in der Druckversion der HAZ selten ungekürzt – wenn überhaupt – veröffentlicht werden.¹ Es geht hier um gelöschte Links zu meiner privaten Homepage. Scheinbar eine unbedeutende und nebensächliche Kleinigkeit. Ich sehe es anders und darum dieser Offene Brief. Da ich ja nur Ihre Namen kenne und auch noch anfangs aufgrund Ihrer Vornamen die Schwierigkeit hatte, Sie eindeutig als Mann oder Frau zu orten, habe ich mir natürlich überlegt, ob Sie *alte Hasen* des Journalismus oder *Greenhorns* sind. Die erste Annahme habe ich ausgeschlossen, weil die Technik, die Sie nutzen, wohl eher zu jüngeren Mitarbeitern der HAZ² passen. Also stelle ich Sie mir jung vor, die keine Anfänger – aber beruflich noch formbar – sind. Aber wie Sie sicher auch schon mitbekommen haben, liegen Vorstellungen und Realität häufig weit auseinander. Damit der Mensch aber eine zuverlässige Orientierung erhält, muß immer wieder von Medienmachern und -nutzern der Versuch unternommen werden, die Vorstellungen von Personen, einer Sache oder einem Vorgang mit der Wirklichkeit zur Deckung zu bringen. In diesem Bemühen sind alle Arten von Gegeninformationen – zu denen auch die Leserbriefe und Leserkommentare gehören – von Nutzen. Aber je ausgeprägter die autoritären Strukturen in einer Gesellschaft – seien sie politisch oder ökonomisch verursacht – sind, so mehr werden tendenziell Gegen- oder Ergänzungsinformationen unterdrückt.

Nun mache ich einen Gedankensprung: Stellen wir uns vor, wir hätten uns in der Innenstadt in einer Gaststätte verabredet, um unseren kleinen Konflikt zu verhandeln. Bevor wir in die Gaststätte eintreten, lesen wir: „Betreten mit Schuhen mit Pfennigabsätzen nicht gestattet.“

1 Mir scheint das der Ausdruck einer Berufskrankheit zu sein. Ohne Veränderung eines Textes kommt sich ein Redakteur wohl unbedeutend vor.

2 Ich betrachte hier die HAZ und das HAZ-Forum als eine Einheit.

Als Erläuterung finden wir den Hinweis, daß er, der Gastwirt, bei dem Bemühen, die Gaststätte eine anheimelnde Atmosphäre zu geben, nicht an der Empfindlichkeit des Parkettbodens gedacht hätte. Wenn Sie, Frau Lenz, solche Stöckelschuhe tragen würden – so schätze ich – würden wir nach einem leisen Fluch das Gebot akzeptieren und uns ein anderes Lokal – ohne die genannte Einschränkung - suchen. Nun gehen wir mal davon aus, daß es keine Schwierigkeiten mit den Absätzen gibt. Wir erleben aber, wie der Wirt einen Gast, der andere Gäste angepöbelt hat, sanft aber bestimmt vor die Türe setzt. Ich denke, wir würden uns nicht über den Wirt aufregen, sondern ihm still oder vernehmbar für seine Courage danken. Auch würden wir uns nicht darüber aufregen, wenn der Wirt das ihm gesetzlich vorgegebene Rauchverbot durchsetzt, obwohl wir vielleicht selbst dieses Verbot für unsinnig halten. Aber wenn der Wirt bestimmen will, worüber die Gäste sich unterhalten oder draußen an der Tür einen Anschlag hängen hätte, auf dem stünde: „Lesben, Schwule und Ausländer“ oder „Menschen mit blonden Haaren“ oder „...mit einer Körpergröße über 180 cm“ haben keinen Zutritt, dann würden wir hoffentlich gemeinsam auf die Barrikaden gehen.

Mit Ihrem Hinweis, Sie hätten die Links, die auf meine Homepage verweisen, entfernt, weil diese textlich so umfangreich sei, daß es Ihnen nicht möglich wäre, im vertretbaren zeitlichen Rahmen die Inhalte auch nur oberflächlich zu prüfen, haben Sie ein Auswahlkriterium für die Löschung von Links gewählt, das Ihnen nicht zusteht. Unter den betreffenden Ziffern der Nutzungsbedingungen ist Folgendes zu lesen:

11.1 Werbliche Inhalte in den Kommentaren und im Nutzernamen sind untersagt. Dies gilt auch für Parteiwerbung. Werbung für kommerzielle Webseiten wird in Artikeln nicht geduldet. Als Werbung in diesem Sinn sind auch Links zu kommerziellen Webseiten zu verstehen. Erlaubt sind Links zu Webseiten mit nichtkommerziellem Charakter, die nach Ansicht der Moderatoren thematisch zum Forum passen.

11.2 Artikel oder Nutzernamen, die Werbung beziehungsweise unerlaubte Links enthalten, werden ohne Vorwarnung gelöscht oder es werden die unerlaubten Links entfernt. Das Werbeverbot erstreckt sich ausdrücklich auch auf Werbung in Signatur und Nutzernamen. Die Entscheidung über die Zulässigkeit von Links sowie Nutzernamen steht ausschließlich Madsack Online sowie den Administratoren und Moderatoren zu.

Meine Homepage erfüllt aber den „nichtkommerziellen Charakter“ und macht keine Werbung für eine Partei, setzt sich aber wohl mit Parteien auseinander. (Ich selber gehöre keiner Partei oder keinem Verein mehr an.) Die Themen, die ich kommentiert habe – Verteilungsgerechtig-

keit, Bildungspolitik³ und Bodenrecht – spiegeln sich in vielen Beiträgen auf meiner Internetseite. Aber wie sollen Moderatoren das wissen, wenn sie sich nicht durch Lesestichproben davon überzeugt haben?⁴ Aber die Ziffern 11.1 und 11.2 mit den weiteren Nutzungsbedingungen im Umfang von gut fünf DIN A 4-Seiten billigen der HAZ (bzw. dem Verlag) ein Recht auf eine verkappte Zensur auch für das Forum zu, wie sie es seit Jahrzehnten mit den Leserbriefen praktiziert hat. Das ist kein Zeichen des Fortschritts. Vom „Geist“ meiner Texte in meiner Internetpräsentation hätten Sie sich ja durch eine Stichprobe überzeugen können, z. B. durch daß Öffnen der Datei mit der Text-Nr. 52.0 und dem Titel: „Vom Untergang der Wilhelm Gustloff über den Holocaust und den Ashram Gandhis zur Gesellschaftsgestaltung / Gedanken am Karfreitag und Ostern 2007 und die Verarbeitung danach ...“ Und hier hätte es genügt das Nachwort zu lesen, was ich als Vorwort vorangestellt habe.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/520_UNTERGANG_DER_WGUSTLOFF.PDF

Bevor ich an dieser Stelle fortfahre, gehe ich gedanklich einen Schritt zurück. Als HAZ-Leser habe ich natürlich auch mitbekommen, daß der Verlag auch ein HAZ-Forum im Netz eingerichtet hatte. Da aber die HAZ in meinem Gedächtnis nicht als weltoffen sondern eher als kleinkariert gespeichert war bzw. ist und es heute eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, sich zu öffentlichen Themen zu äußern, habe ich das Angebot nicht beachtet. Im August 2010 hatte ich aber das Gefühl, daß der Begriff Bildungsguthaben, der in fünf Beiträgen behandelt wurde, auf seinen Ursprung hin beleuchtet werden müßte. Ich habe dann einen Beitrag geschrieben (Anhang / Dokumentation 87.8), der für einen Leserbrief zu lang war, sich aber für einen Leserkommentar geeignet hätte, wenn man ihn bei der letztgenannten Veröffentlichung eingefügt hätte. Aber ich habe den Zugang zum Forum nicht gefunden. In gleicher Weise ist es mir mit meinem Kommentar zum Leitartikel von Matthias Koch mit dem Titel „Das Ende der Schulden-Schummelei“ ergangen. (Siehe Anhang 9.)⁵ Man kann diese Fehlversuche auf das Konto meiner Unfähigkeit buchen. Ich rate aber – wenn für das Forum ein größerer Zuspruch gewünscht wird -, vorher zu überprüfen, ob es anderen – besonders den Menschen, die die Le-

3 In der Ausgabe der HAZ vom 11.3.2011 wird unter „Der Unentwegte“ aus Anlaß seines 70. Geburtstags Walter Hirche bedacht. Er war Mitte der 70er Jahre in der FDP mein Gegenspieler in Sachen Bildungspolitik. Und daß er unter den gegebenen Bedingungen als Wirtschaftsminister auch nur ein Zerstörer oder Verhinderer von Marktwirtschaft sein konnte, sagt er nicht und auch die HAZ nicht.

4 Hier die gelöschten Links:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/Agenda%20Niedersachsen%20Anhang%20I.pdf>

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/Das%20Boden%28un%29recht%20Teil%20I.pdf>

5 Hier bleibt anzumerken, daß eine Aussage, wie die von mir zitierte von Matthias Koch (87.9), auch schon vor 10 oder 20 Jahren hätte in der HAZ stehen können, wenn in der Redaktion etwas mehr Mut zum Behandeln der wirklich drängenden gesellschaftlichen Probleme vorhanden wäre.

bensmitte hinter sich haben – auch so ergangen ist wie mir. Beim Öffnen vieler Internetseiten ergeht es einem so, wie beim Kauf in einem fremden Supermarkt, man muß lange suchen, bevor man das Regal für einen nicht so gängigen Artikel findet. Bei meinem Leser-Kommentar zu dem Interview mit Dieter Hübner „Philosophie kann klären“⁶ in der HAZ vom 28. 1. 11 habe ich dann den Kontakt zum Forum – wenn ich mich recht erinnere – per E-Mail aufgenommen. Mir wurde dann gesagt, was ich zu tun hätte. Als ich dann aber die Latte von Bedingungen durchgelesen hatte, war mir die Lust an der Teilnahme des Forums schon vergangen. Ich habe gedacht: „Der Madsack-Verlag hat seinem Hausjuristen bestimmt für jeden ausschließenden und einengenden Grund, den er findet, eine Prämie gezahlt.“ „Die ‚Meinungsfreiheit‘ wurde nur zwischendurch erwähnt, weil der Verlag sich selber ja seine Verfassungstreue bescheinigen wollte.“ Als ich später die Nutzungsbedingungen nochmals las, da hatte ich zuvor in „Das grüne Buch“ von Muammar el Ghaddafi den Abschnitt „Die Presse“ gelesen. Wenn ich diesen Text richtig verstanden habe⁷, dann benutzt Ghaddafi den Begriff Meinungsfreiheit, um in raffinierter Weise die Pressefreiheit auszuhebeln. Es war kein böser Wille, der bei mir beim erneuten Lesen der Forumsbedingungen eine Assoziation mit dem Ghaddafi-Text hervorrief. Ich dachte: „Hier wird doch die Pressefreiheit benutzt, um die Meinungsfreiheit zu beerdigen.“ Nach meiner Wahrnehmung beherrschen die „Nutzungsbedingungen“ den gleichen Geist wie der Ghaddafi-Text „Die Presse“. Ein betrübliches Zeugnis.

Inzwischen habe ich noch Webseiten, die sich mit Urheberrechtsfragen, Piraterie mit Abmahnverfahren befassen, gelesen und habe am 10. März 2011, 22.45 Uhr im ARD-Fernsehen „Angriff aus dem Internet (NDR) Wie Online-Täter uns bedrohen“ gesehen und gehört.

http://www.daserste.de/doku/beitrag_dyn~uid.udpdxoekr5dy3tev~cm.asp

Ich kann daher Verlagen und ihren Redaktionen durchaus ein rechtliches Schutzbedürfnis zubilligen, urteile aber, daß dieses Schutzbedürfnis nicht eine fragwürdige Gesinnung oder eine Intoleranz kaschieren darf. Die Redaktionen müssen also aus eigenem Interesse zwischen rechtlichen und inhaltlichen Bedingungen differenzieren, wenn sie nicht als Feinde der Freiheit klassifiziert werden wollen.

Bei der Auslegung der Meinungsfreiheit ist – zu mindestens im Netz – zu berücksichtigen, daß die Meinungsfreiheit nicht so exakt definiert ist, wie z. B. das Maß der *Meter*. Das, was bei uns als verfassungsfeindlich eingestuft wird, kann in den USA oder anderswo zur Mei-

6 Von der Zeichenbegrenzung für die Leser-Kommentare wußte ich beim Abfassen meines Beitrages noch nichts. Prof. Hübner habe ich per E-Mail von meinem Beitrag unterrichtet. Er hat sich bedankt.

7 Es ist ja nicht auszuschließen, daß mein Textverständnis falsch ist, daß die Übersetzung Mängel aufweist oder das der Gebrauch der arabischen Sprache ein anderer ist als jener der deutschen Sprache.

nungsfreiheit gehören. Den Satz von Rosa Luxemburg, daß die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden ist, nimmt jeder gerne für sich selbst in Anspruch, hat aber oft Mühe, ihn auch wirklich auf jene anzuwenden, die Rosa Luxemburg meinte, nämlich die Andersdenkenden.

Wenn ich trotz meines Unbehagens an den Bedingungen meine drei Beiträge im Forum eingefügt habe, dann war es wegen des Satzes: „Erlaubt sind Links zu Webseiten mit nichtkommerziellem Charakter, die nach Ansicht der Moderatoren thematisch zum Forum passen.“ Wenn dort richtigerweise gestanden hätte: „...die die Zensur der Moderatoren passieren.“⁸ hätte ich mich gleich zurückgezogen, denn Zensoren gibt es – bei scheinbarer Meinungsvielfalt – auch in unserer Gesellschaft genug, die braucht man nicht noch zusätzlich durch Mitarbeit zu stärken.

Da die privaten oder nichtkommerziellen Betreiber von Homepages in der Regel Geld und viel Zeit für ihre Internetpräsenz aufwenden und als Kommentatoren Zeitungs-Foren (und dadurch indirekt die Print-Zeitungen und Zeitschriften) werbend unterstützen, ist es auch gerechtfertigt, daß die Forenschreiber auf ihre eigene Internetpräsenz hinweisen. Warum sollen nur die Verlage einen Nutzen von ihren Anstrengungen erwarten dürfen? Die privaten Homepages haben es bei der Vielzahl der Internet-Präsentationen schwer genug, ein Minimum an Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. (Siehe abschließend zu diesem Abschnitt die eingefügte Information.)

Sehr geehrte Frau Lenz und sehr geehrter Herr Aust, wenn Ihnen meine Aussagen in irgendeiner Weise nützlich sind – und sei es durch eine Verneinung -, dann ist es mir recht. Aber wenn Sie glauben, mir eine Verwarnung aussprechen zu können, sind Sie auf dem Holzwege, für den Rest meiner Lebenszeit halte ich mich lieber dort auf, wo ich gern gesehen bin. **Sie können mich als Teilnehmer am HAZ-Forum löschen.**

8 Alternativ könnte auch in den „Bedingungen“ stehen: „Das Einfügen von nichtkommerziellen Links wird dann erlaubt, wenn der Verfassungsschutz ihn als unbedenklich einstuft.“ Wie aber der Verfassungsschutz verfassungsrechtlich eingestuft werden muß, ist eine andere Frage, besonders seitdem er sich beim Verfassungsbruch der Verfassungsorgane im Vereinigungsprozeß von BRD und DDR als unwirksam erwiesen hat.

XX-

Sachinformation

13.08.2010 11:29

*Studie: **Fast 50 Millionen Internetnutzer in Deutschland***

In Deutschland sind mittlerweile 49 Millionen Menschen im Alter ab 14 Jahren online, heißt es in der [ARD/ZDF-Onlinestudie](#), die die Sender am Donnerstag vorstellten. Das entspricht 69,4 Prozent der Bevölkerung. Im Vergleich zum Vorjahr seien 5,5 Millionen Nutzer hinzugekommen. Der Zuwachs geht zum einen darauf zurück, dass mehr ältere Menschen ins Netz gehen. Zum anderen berücksichtigten die Forscher erstmals Menschen ohne deutschen Pass. Für die Studie wurden 1804 Menschen befragt.

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Studie-Fast-50-Millionen-Internetnutzer-in-Deutschland-1058419.html>

XX

In einem Ihrer Mails stand unterm Strich der Spruch: „Die schärfsten Kritiker der Elche, waren früher selber welche!“ Wenn das eine Anspielung auf meine Person sein sollte, ist es ein Schuß außerhalb der Ringe. Wenn ich früher ein Elch war, so bin ich auch heute noch einer. Ich habe mich hoffentlich auch entwickelt, aber nicht so, daß ich heute aus dem jetzigen Stand meines Seins das vergangene So-war-ich niedermachen muß. Zum Ursprung des Spruchs ist unter nachfolgendem Link einiges nachzulesen:

Die Kritiker der Elche

Bislang hatte ich den bekannten Zweizeiler "Die schärfsten Kritiker der Elche / waren früher selber welche" immer Robert Gernhardt zugeschrieben - tatsächlich war es aber Bernstein. Anbei exklusiv und ungekürzt seine Erinnerungen:

http://www.echolog.de/elchkritik/die_kritiker_der_elche.shtml

Im übrigen halte ich mich in der Sache an Wilhelm Busch:

Kritik des Herzens

Die Selbstkritik hat viel für sich.
Gesetzt den Fall, ich tadle mich,
So hab' ich erstens den Gewinn,
Daß ich so hübsch bescheiden bin;

Zum zweiten denken sich die Leut,
Der Mann ist lauter Redlichkeit;

Auch schnapp' ich drittens diesen Bissen
Vorweg den andern Kritiküssen;

Und viertens hoff' ich außerdem
Auf Widerspruch, der mir genehm.
So kommt es denn zuletzt heraus,
Daß ich ein ganz famoses Haus.

<http://www.wilhelm-busch-seiten.de/gedichte/kritik04.html>

B) Abschied als aktiver Leser der HAZ nach über 40 Jahren

Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HAZ,

wenn ich mich hier in der Hauptsache an die Mitglieder der Redaktion wende und auch an dieser Stelle Kritik übe, dann vergesse ich nicht, daß hinter der Tatsache, daß ich jeden Morgen ein neues Exemplar der HAZ aus der Zeitungsröhre holen kann, eine großartige Leistung und ein gutes Zusammenspiel von vielen Menschen steckt. Die Organisation und Koordination von der Papierbeschaffung, dem Lager, der Druckerei, dem Vertrieb bis zur Zeitungsbotin⁹ einerseits und das Zusammenspiel von Korrespondenten, Agenturen und Redaktionen und den Anzeigenannahmen andererseits ist bewundernswert. Vergessen darf ich auch nicht zu erwähnen, den Wandel in der Herstellungstechnik, die – soweit ich informiert bin – den Beruf des Setzers mit dem des Redakteurs vereint hat. Und damit das ganze Zusammenspiel auch auf Dauer klappt, darf die kaufmännische Seite einer Zeitung nicht vergessen werden, denn die einzelnen inhaltlichen Gestalter mögen noch so gut sein, wenn der Ertrag die Kosten nicht deckt, können sie alle nach Hause gehen. Hier wäre im Vorgriff auf meine Kritik schon anzumerken, daß ein Verlag das marktwirtschaftliche Gebot der Wirtschaftlichkeit (Kosten sind durch Einnahmen gedeckt) leichter erfüllen kann als das Diktat des Kapitalismus, daß der Verlag rentabel sein muß, das heißt, daß das eingesetzte Kapital eine Rendite abwerfen muß.

Wenn ich etwas zu kritisieren habe, dann betrifft das in der Hauptsache die Bereiche Politik und Wirtschaft. Ich greife dabei auf meine eigenen Erfahrungen mit der HAZ zurück. Wenn ich mich nun als aktiver Leser (mit Herzbypassen und 77 Lebensjahren) verabschieden will, dann heißt das nicht, daß wir das Abonnement kündigen wollen, ich will mich nur nicht mehr über eine häufig unzulängliche Berichterstattung und Kommentierung seitens der Redaktion

⁹ Die Rolle des Zeitungsboten, der Zeitungsausträgerin haben meine Frau und ich auch schon ausgeübt.

aufregen, sondern mich, wenn für mich mal nichts Bemerkenswertes, Aufklärendes oder hin und wider auch Heiteres in einer Ausgabe finde, mich mit Rabenau als Trostpreis begnügen. Aber bevor ich mit der eigentlichen Kritik anfangen will, will ich erst einmal erzählen, wie die Zeitung und der Rundfunk als die klassischen Teile der Massenmedien in meinem Gedächtnis verankert sind und formuliere dann meine Kritik mit Verweisen auf die Texte im Anhang.

Die älteste Erinnerung, die ich im Bezug auf den Rundfunk habe, ist folgende: Meine Mutter und eine Nachbarin schrieben in der Wohnküche¹⁰ im Krieg Feldpostbriefe an ihre Männer und achteten nicht darauf, was meine ältere Schwester und ich trieben. Wir standen vor dem Radio und drehten an der Sendereinstellung. Als wir dann Stimmen hörten, die wir nicht verstanden, waren wir wohl darüber so sehr erstaunt, daß wir dabei verharrten. Nach einer Weile stürmte der Ortsgruppenleiter der NSDAP – der am Fenster gelauscht haben mußte – ins Zimmer¹¹ und schrie meine Mutter an, ob sie ins Gefängnis wolle. Vor Schreck wurde das Radio ausgemacht.

Zeitungen habe ich aus der Kinderzeit nur als nützliches Verpackungsmaterial für Heringe in Erinnerung¹² und bei entsprechender Faltung als Einlagen in unsere Holzschuhe.

Als ich 1950 als Schiffsjunge auf dem Küstenmotorschiff „Heinrich“ angemustert hatte, erzählte der Steuermann, daß zu der Zeit, als er Schiffsjunge war, nur der Steuermann und der Kapitän eine Zeitung lesen durfte. Er wollte wohl damit dokumentieren, wie großzügig er da durch war, daß er uns Dreigroschenhefte lesen ließ. Wenn es die Erscheinung der lesenden Schiffsführung und der leseabstinenten Besatzung überhaupt gegeben hat, dann wohl nicht aufgrund sozialer Normen und Gesetze, sondern eher weil die unteren Ränge der Besatzung nicht lesen konnten, weil die Zeitungen zu teuer waren oder für die Lebenssituation von Janmaat nichts hergaben. Mir fällt auch keine Situation aus meiner Seefahrtszeit ein, in der eine Zeitung eine Bedeutung gehabt hätte.

Mir ging jetzt durch den Kopf: „Es gab wohl noch keine Bildzeitung.“ Aber dieser Gedanke trifft wohl nur insofern den Kern des Problems, weil sich durch Bilder auch den Leseschwachen die Welt erschließt. Und die Zahl der leseschwachen und leseunkundigen Bürger soll ja trotz Schulzwang erheblich sein. (Mir ist es jetzt zu mühsam entsprechende Berichte aus der HAZ zu suchen.)

10 Alle anderen Räume im Erdgeschoß wurden für das Foto- und Frieseurgeschäft meiner Eltern genutzt.

11 Die Außentüren waren im Elternhaus nur selten verschlossen.

12 Bei uns gegenüber war ein Fischladen.

Die nächste Erinnerung, die ich mit einer Zeitung in Verbindung bringe, ist aus dem Jahr 1955. Ich hatte zusammen mit einem Volontär der Bremer Nachrichten oder des Weserkuriers ein Zimmer im Seemannsheim Bremen. Der Volontär hatte über die Übergabe eines Schiffes von der Werft an den Reeder berichtet. Er hatte die Kritik des Reeders an die Werft in seinen Bericht aufgenommen. Die Werft hat sich darauf hin bei der Redaktion beschwert. Die Redaktion hat der Werft mitgeteilt, sie solle ihre Leute besser behandeln, dann bekämen sie auch bessere Berichte. Nicht sofort, aber im Nachhinein ist mir bewußt geworden, daß das, was in den Zeitungen zu lesen ist, doch vielen Einflüssen unterliegt.

Im gleichen Jahr habe ich noch einen freiwilligen Einsatz in einem der geschlossenen Heime in Freistatt geleistet.¹³ Hier besteht die inhaltliche Verknüpfung durch einen Zögling, dessen Vater Redakteur einer niedersächsischen Zeitung war. Der Grund dafür, daß dieser Jugendliche eingeschlossen wurde, war, daß er sich zu sehr für das andere Geschlecht interessierte. Wenn er selber auch noch unter den Zeitungsmachern gelandet ist, dürfte er aber jetzt schon im Rentenalter sein.

Die nächste mit einer Zeitung verknüpfte Erinnerung führt mich zurück in den Winterlehrgang 1958/59 der Bäuerlichen Volkshochschule in Rastede. Wir (an die 60 Schülerinnen und Schüler) haben uns intensiv mit einem Redakteur der Nordwest-Zeitung aus Oldenburg auseinander gesetzt. Wir Schüler vertraten die Ansicht, daß eine Zeitung, die wesentlich vom Anzeigengeschäft lebt, gar nicht objektiv im redaktionellen Teil berichten könne. Der Redakteur hielt dagegen, daß die Zeitung gar nicht erscheinen könne, wenn sie nicht finanziell wesentlich aus dem Anzeigengeschäft gestützt würde.¹⁴

Eine weitere Erinnerung führt mich zurück in den Sommerlehrgang 1959 der Ländlichen Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen. Hier gehörte es dazu, daß jeden Tag eine Schülerin oder ein Schüler vor versammelter Mannschaft das – aus seiner Sicht – wichtigste aus den vorhandenen Tageszeitungen vortragen mußte. Es war eine gute Übung, wenn auch

13 Das ist eine der Einrichtungen, über die im vorigen Jahr viel berichtet und zu der ein Runder Tisch gebildet wurde.

14 Zu dieser Problematik ein Zitat aus dem Artikel „Mit der Lizenz zum Geld drucken“ von Klaus Ehringfeld in der HAZ vom 12. 3. 2011: > „Señor Slim kann Märkte revolutionieren, er ist ein ökonomisches Genie“, sagt Prdinas. Er wisse aber auch seine ökonomische Macht einzusetzen. Slim drohe Zeitungen zum Beispiel gerne mit Entzug von Anzeigen, wenn sie zu viele Annocen von Konkurrenzunternehmen druckten. „Wenn Slims Unternehmen seine Werbung in einer Zeitung zurückzieht, dann ist so ein Blatt in kurzer Zeit bankrott“, sagt Pardinás. <

die meisten SchülerInnen einen Bammel davor hatten

In den später folgenden Genossenschaftslehrgängen, kann ich mir nur an unsere selbst gefertigten Lehrgangszeitungen erinnern.

In Hamburg, im Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik, 1964/66 ¹⁵ hatte ich dann Gelegenheit beim NDR in Hamburg-Rothenbaum a) eine Gruppenführung mitzumachen und b) alleine an einem anderen Tag die Tagesschau-Redaktion bei der Arbeit zu beobachten. In Erinnerung ist mir, daß mir aufgefallen ist, daß wörtliche Zitate in den Agenturmeldungen erhebliche Abweichungen aufwiesen. Ich konnte die Vielzahl der eingehenden Meldungen überfliegen. Ich habe dann die Redakteure gefragt, warum sie denn die eine und nicht die andere Meldung für die Sendung übernehmen würden. Ich bekam zur Antwort, weil es die besseren Nachrichten wären. Ich habe nachgehakt und gefragt, woher sie denn das wüßten. Ich bekam die weitere Antwort, ich bräuchte nur die anderen Medien zu beobachten, dann würde ich sehen, daß sie mit ihrer Auswahl richtig lägen. Ja, und wenn man bei der Auswahl richtig liegt, dann ist man gegen Kritik geschützt. Es gibt einem das Gefühl, das richtige zu tun, zu den Guten zu gehören. Daß sich hier auch eine gute Portion Feigheit und Opportunismus verbergen kann, sollte nicht übersehen werden. Daß wir es im Journalismus, in der Berichterstattung zu viel mit der gruppenspezifischen Leistung des Festlegens zu tun haben, und zu wenig mit jener des Suchens ¹⁶, die diesem Berufsstand angemessen wäre, wird bis heute zu oft übersehen.

1967/68 war ich an der Gründung der Liberal-Sozialen Partei beteiligt. Hier machte ich dann die Erfahrung, daß die Medien in der Hauptsache als Stützen des Bestehenden dienen und nicht sehen, daß sie ihrem Publikum auch das Mögliche, das Unmögliche oder das Kommende zu vermitteln haben. Die Meldungen von der Gründung und der Existenz der LSP waren so spärlich, Geld für Anzeigen nicht vorhanden und die Flugblätter von geringer Wirkungskraft, daß wir auf mein Betreiben die Partei Anfang 1969 wieder aufgelöst haben. Aber die Medien als die Verteidiger des Bestehenden waren ein wesentlicher Grund für den 68er Aufstand der Studenten und auch für die Entwicklung des damaligen Terrorismus. Die stellvertretende Wut der Studenten auf den Springer-Konzern war voll berechtigt. Gegen den Weg der Gewalt habe

15 Der Nieders. Ex-Ministerpräsident Gerhard Glogowski war mein Kommilitone ohne besonders in Erscheinung zu treten.

16 Siehe: Gruppendynamik. Kritik der Massenpsychologie von Peter R. Hofstätter

ich aber damals schon argumentiert. Die von den Besatzern (die nicht von Anfang an die Befreier waren) verteilten Lizenzen für die Herausgabe Zeitungen und Zeitschriften hatte dazu geführt, daß der Weg von der Idee der Sozialen Marktwirtschaft hin zum nackten Kapitalismus (mit Schönheitspflastern der Sozialpolitik) medienmäßig verschleiert werden konnte. Und die Studenten bekamen als Alternative zur „bürgerlichen Ökonomie“ nur den – in der Theorie befreienden, in der Praxis versklavenden – Marxismus vorgesetzt. Die Forderung der Verstaatlichung der Zeitungsverlage war da die logische Konsequenz.

Aus der Position der freiheitlich orientierten Opposition in der mehrheitlich marxistisch und etatistisch geprägten Opposition habe ich in Bremerhaven in einem Offenen Brief vom 1. März 1969 an die Nordsee-Zeitung für einen anderen Weg der Überwindung der einseitigen Information der Gesellschaft geworben. (Siehe Anhang 87.4) Nach meiner Vorstellung hätte man den Leserbrief als Instrument der Information so ausbauen können, daß er die einseitige Berieselung der Gesellschaft aufgehoben hätte, ohne den Verlagen wirtschaftlich zu schaden. Aber das war 1977 dem verstorbenen Redakteur der HAZ, Dr. Wolfgang Wagner, 1977 noch eine unmögliche Vorstellung. (Siehe Anhang 87.6)

Nicht aus Einsicht, sondern unter dem Druck der Konkurrenz des Internets wurde die Stellung des Leserbriefes inzwischen aber erheblich ausgebaut. Für die jüngeren Leser dieser Zeilen sei noch gesagt. 1969 gab es noch kein Internet, das „Handy“ gab es noch nicht mal als Wort. Ich kann mich nicht einmal an einem Copyshop erinnern. Wer einen Spiritusumdrucker benutzen konnte, konnte glücklich sein, der Schablonendrucker mit Wachsmatrizen eine Steigerung dieses Glücks, sonst war man auf Schreibmaschinentdurchschläge mit Kohlepapier angewiesen. Der Auftrag für einen Offsetdruck war nur in Ausnahmen bezahlbar. Einen Offenen Brief, wie den hier genannten, in einer Gesellschaft mit scheinbarer Informationsfreiheit erfolgreich in den Umlauf zu bringen, war fast ein Unterfangen, wie mit der Flaschenpost von einer Insel im Ozean den Menschen auf dem Festland eine Nachricht zukommen zu lassen. Anders verlaufen solchen Informationsbemühungen aber in Gesellschaften mit totaler Informationskontrolle und Unterdrückung. Ich kann mich an Berichte aus der Zeit der Sowjetunion erinnern, wo die Opposition von Hand verbotene Informationen abgeschrieben und weitergereicht hat. Auch haben bei uns in der BRD nicht alle Verleger es leicht gehabt. Der verstorbene Verleger Rudolf Zitzmann, der von den Nazis ins KZ gesperrt wurde, erzählte mir, daß er in der frühen Zeit unserer Republik von der CDU-Herrschaft als Verleger so stark behindert worden wäre, daß er in den Konkurs getrieben wurde. Der Grund: Weil sein Verlag von den

freiwirtschaftlichen Schriften und Büchern – die für eine kleine gesellschaftliche Minderheit produziert wurden – als Verleger nicht überleben konnte, hatte er Schriften zur Freikörperkultur (FKK) herausgegeben. Darin waren nackte Menschen abgebildet, Bilder, die uns heute nur ein müdes Lächeln entlocken können. Wer kürzlich den Film *Barfuß bis zum Hals* im Fernsehen gesehen hat, kann sich eine Vorstellung vom Inhalt dieser Schriften machen. Damals wurden aber diese Schriften als Gefährdung der Sittlichkeit, vielleicht sogar als staatsgefährdend eingestuft. Man bedenke: Im Nachkriegsdeutschland wurde in meiner Heimat uns Schülern noch vorgeschrieben, wann die Mädchen und wann die Jungen baden durften. Dabei gab es nicht mal eine Badeanstalt, sondern nur zwei Flüsse und einen Kanal. Als im Nachbarort der Film *Die Sünderin* mit Hildegard Knef gezeigt wurde, hat sich der Geistliche vor dem Kino postiert, um zu kontrollieren, wer sich von seinen Schafen den Film angeguckt hat.

Aber kehre ich zurück zur HAZ. Worum es in der Korrespondenz mit Wolfgang Wagner ging, kann ja im Anhang 6 nachgelesen werden. Der Beitrag „Bis zum magischen Achteck“ von Gerd Grope in der HAZ vom 26./27. Juli 1969 und sein Beitrag „Trauriger Rekord“ in der HAZ vom 20./21. Februar 1971 war der Anlaß mich mit ihm über theoretische Ansätze in der Ökonomie auseinander zu setzen. (Siehe Anhang 5) Ich habe keinen Grund an der Ehrenhaftigkeit von Gerd Grope zu zweifeln. Was ich kritisiere ist sein Selbstverständnis von der Rolle eines Redakteurs in der Tageszeitung. (Wenn er Redakteur einer Partei- oder Verbandszeitung gewesen wäre, würde ich mich jetzt und hier nicht zu ihm äußern.) Als studierter Ökonom mußte er wissen, daß die Wirtschaftswissenschaft keine exakte Wissenschaft ist und daß die unterschiedlichen Schulen im Zeitablauf oder gleichzeitig um Meinungsführerschaft kämpfen. Da zu keinem Zeitpunkt die ökonomischen Verhältnisse so gut waren, daß der Wirtschaftspolitiker und auch der Bürger sagen konnten, „Nun haben wir mit Hilfe der Wirtschaftswissenschaftler unsere ökonomischen Probleme gelöst, die uns Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte geplagt haben.“, wäre es als Informationsvermittler seine Aufgabe gewesen, auch immer über alternative Ansätze in der Theorie zu berichten. Und diese journalistische Pflicht hätte auch bestanden, wenn er über etwas hätte berichten müssen, das nach seiner Ansicht falsch gewesen wäre. Mit der abwehrenden Haltung der Andersdenkenden hat er nicht nur den Lesern einen Bären-dienst erwiesen, sondern auch zum Erscheinungsbild der HAZ als ein statisches Blatt beigetragen. Daß sich seit dem Abgang von Grope im Wirtschaftsteil der HAZ etwas geändert hat, kann ich allerdings auch nicht bezeugen. Der Wirtschaftsteil ist sowieso ein Kümmerling und die Überschrift „Firmennachrichten“ wäre angebrachter. Ich vermute aber, daß es nicht am guten Willen der Redaktion liegt, sondern an Vorgaben des Verlages und mancher Beitrag, der

den Wirtschaftsteil schmücken würde, von den anderen Sparten-Redaktionen "geklaubt" wird. Da die HAZ aber keine Einzelercheinung in Wiedergabe ökonomischer Theorien und Fakten ist, ist die Wirkung, daß unsere Gesellschaft in Sachen Ökonomie insgesamt desinformiert wurde und wird. Erst im Schatten dieser Nichtinformiertheit konnte sich eine Politik entwickeln und halten, die auch unsere Volkswirtschaft zum Opfer der Weltfinanzkrise machte. Und weil Wirtschaftsjournalisten die Wirtschaftswissenschaftler nicht auf ihre Ungereimtheiten hinweisen können oder nicht dürfen, produzieren die Hochschulen laufend Nachwuchsökonomien, die die Gesellschaft weiterhin in die Irre führen. Das geht solange gut (schlecht) bis sich bei uns auch ein ägyptischer Aufstand einstellt.

Ich komme jetzt zu einem für die HAZ und mich besonders betrüblichen Punkt, weil es hier um eine miserable, ehrabschneidende Berichterstattung im Jahr 1983 geht, in der ich selber Gegenstand dieser Meldungen war. (Siehe Anhang 7) Miserabel deshalb, weil keiner von der HAZ es für nötig fand, mich selber direkt anzusprechen und keine berichtigende Zeile folgen ließ. Die politische Ehre abschneidend deshalb, weil auch nur der Verdacht rechtsradikal zu sein, in einem Umfeld mit einer Rechtsphobie bedeutete, nicht mehr wählbar zu sein. Genau genommen ging es bei der Unterstellung einer ultrarechte Haltung aber nicht um eine Verharmlosung des Nationalsozialismus, sondern um die Kaltstellung der freiwirtschaftlichen Urgründungsgruppe der Grünen durch kommunistisch, marxistisch und sozialdemokratisch eingestellte Mitglieder der Grünen. Entweder hat die HAZ diese Strategie wissentlich unterstützt oder sie hat sich für Ziele, die sie nicht selbst verfolgte, instrumentalisieren lassen. An dem Tag als das Bundesschiedsgericht am Rande der Bundesdelegiertenkonferenz 1984 in Hamburg das Ausschlußverfahren zu meinem Gunsten entschieden hat, hat Rudolf Bahro im Plenum meinen Vergleich der Bedingungen (nicht der Inhalte) des Aufstieges der NSDAP und der Grünen mit anderen Worten vorgetragen. Mein jüdischer Parteifreund, der selber im KZ gesessen hat, hat in dem Verfahren als Zeuge ausgesagt, daß es so gewesen sei, wie ich es beschrieben hätte. Die Menschen hätten mehrheitlich nur noch die Wahl zwischen der NSDAP und der KPD gesehen. Er selber wäre zur KPD gegangen. Aber wie vergiftet das Klima in der Partei DIE GRÜNEN schon 1983 war, zeigt sich auch an der Haltung eines Parteifreundes aus dem Umfeld von Hannover. Er sagte sinngemäß bei Abwesenheit anderer Personen zu mir. „Es ist so, wie du es beschrieben hast. Ich habe über das Thema promoviert.“ Er hat sich aber nicht getraut, seine Kenntnis offen auszusprechen. Ein gewisses Verständnis muß man aber für die Grünen von damals haben, sie waren schon genervt von Vergleichen mit den Nazis. Dies war ein Zustand, den die linken „Strategen“ in der Partei genutzt haben, um ihn als He-

bel für eine Neuausrichtung der Partei zu nutzen. Der Vorwurf, die freiwirtschaftliche Gründungsgruppe der Grünen sei ultrarechts ist einfach idiotisch, weil die gleiche Position auch als anarchistisch bezeichnet wird. Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, für die Ludwig Erhard lobende Worte fand und – wenn ich mich richtig erinnere - sogar Ehrenmitglied war, wurden von Leuten gegründet, die zu der von Silvio Gesell gegründeten Freiwirtschaftsschule gehörten. In Berlin wurde Wilhelm Schulte mit gleichem ideellen und theoretischen Hintergrund vom Verfassungsschutz seine Existenz kaputt gemacht, weil er als Kommunist verdächtigt wurde. Seine Schrift „Brennpunkt Berlin – Die kommende Freistadt! - ein Fiasko / oder das Vorbild einer sozialen Zukunft?“ habe ich auf meiner Internetseite in der „kleinen freiwirtschaftlichen Bibliothek“ eingestellt. Die älteren deutschen Keynesianer nehmen es ihrem Meister übel, daß er so ausdrücklich lobende Worte für Gesell fand. Milton Friedman erhielt den Nobelpreis für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie des Geldes in die Wirtschaftswissenschaft. In der Freiwirtschaftsschule wurde die Quantitätstheorie durchgängig und mit einer besseren Anwendungstechnik gelehrt und empfohlen. In der Zeitschrift *Humane Wirtschaft* Nr. 2 / 2011 (www.humane-wirtschaft.de) beschreibt Walter Hanschitz-Jandl das Anliegen des Franzosen Maurice Allais, der 1988 den Wirtschafts-Nobelpreis erhielt. Hier wird deutlich gemacht, daß sich Allais ausdrücklich auf Gesell beruft und vielfach deckungsgleich gedacht hat. Ich habe mich in meinen Texten wiederholt mit dem Themenkreis auseinandergesetzt, z. B. Im **Text 8.6** vom Januar 1995 „Rechtstendenzen in der Freiwirtschaft, im Modell ‚Die Natürliche Wirtschaftsordnung? Unter **Ziffer 21.7** (Anhang zum Haupttext: „Die Deutschen, der Faschismus und der Holocaust“) ist auch der **erste Aufruf aus dem Jahr 1977 zur Gründung einer grünen Partei** dokumentiert.¹⁷

Unter dem Titel „Zeitungen spiegeln Ereignisse und haben Wirkungen“ habe ich im November 1997 einen Offenen Brief an die Hannoversche Allgemeine Zeitung geschrieben. Er ist ein Fragment geblieben. Entweder haben andere Arbeiten den Abbruch erzwungen oder es hatte sich die Einstellung bei mir eingeschlichen: „Die HAZ-Leute bilden sowieso eine Mauer der Ignoranz. Es macht keinen Sinn, mit ihnen das Gespräch zu suchen!“ Weil aber bei Offenen Briefen die Mitleser die wichtigsten Adressaten sind, habe ich in 2007 das Fragment unter der

¹⁷ Die Darstellung der Ursprünge der Grünen wird auch heute noch mangelhaft dargestellt. Zwar stimmt es – wie Reinhard Urschel in seinem Bericht „Wie sie wurden, was sie sind: ...“ in der HAZ vom 28. März schreibt -, daß die die grüne Partei 1980 in Karlsruhe gegründet wurde, aber Karlsruhe war nur der letzte Schritt in einer stufenweisen Gründung. Vorweg gab es die Sonstige politische Vereinigung der Grünen, davor die Grüne Liste Umweltschutz und (und weitere Vereinigungen). Begonnen hat aber alles 1977 in Hannover und Hildesheim. Nachzulesen ist diese Gründungsgeschichte in der Dissertation „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei“ von Anna Hallensleben, 1984.

Ziffer 47.0 auf meiner Internetseite veröffentlicht. Ich weiß heute nicht mehr, ob ich der Redaktion der HAZ ein Exemplar zugesandt habe oder nicht.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/470_OB_AN_HAZ_1411_97_OHNE_.PDF

Das sich noch immer ausweitende Internet übt als Informationsalternative einen Druck auf die Zeitungsverlage und ihre Redaktionen aus, der sie zu mehr Offenheit zwingt. Daß sich dieses auch in der Zahl der Leserbriefe bemerkbar macht, habe ich schon gesagt. Darüber hinaus werden die Leser direkt darum gebeten, den Redaktionen ihre Anliegen und die beobachteten Probleme mitzuteilen. Als ich die HAZ kennenlernte, wußten die Redaktionen besser als die betroffenen Leser, was ihnen fehlte.

Ursprünglich habe ich (wir) uns für die HAZ entschieden, nicht weil ich (wir) sie besonders gut empfanden, sondern wegen ihrer regionalen Ausrichtung. Dann war mir die HAZ wichtig für die Weiterverarbeitung von Nachrichten. Das, was am Tag zuvor in den Nachrichten gehört oder im Fernsehen gesehen hatte, lag mir am nächsten Tag in der Schriftform mit der HAZ vor. Aber hier ist auch ein Wandel eingetreten. Die fehlenden Notizen beim Fernsehen oder Radiohören werden durch ihre Internetpräsenz ersetzt.¹⁸ Und was wir an regionalen Informationen benötigen, liefern uns zweimal die Woche drei Anzeigenzeitungen, die uns über das Geschehen rund ums Steinhuder Meer berichten. Eigentlich könnte ich auf die HAZ verzichten. Aber noch wirken zu Gunsten der HAZ bei mir die Momente der Trägheit und des Verharrens im Gewohnten.

Gestern Abend beim Zusehen einer Sendung über das Erdbeben in Japan, den Tsunami und die zerstörten Atomreaktoren erwischte ich mich selber in der Haltung eines Zuschauers eines Krimis. Und ich fragte mich anschließend, wie es möglich ist, daß diese wirklich schrecklichen Ereignisse so völlig den verzweifelten Befreiungskampf der Opposition gegen den Despoten Muammar el Ghaddafi in Libyen an den Rand gedrängt haben. Sicher, Informationen sollen auch unterhaltend sein, damit sie aufgenommen werden, sie dürfen aber nicht zur Unterhaltung verkommen. Hier eine genaue Grenze zu ziehen und Grenzüberschreitungen zu vermeiden ist sicher ein Drahtseilakt der Medienmacher. Am 15. März 2011 fand ich dazu in der HAZ unter dem Titel „Das lange Warten auf den GAU“ einen guten Beitrag von Dirk

¹⁸ Ich habe mitbekommen, daß die Verlage gegen die Ausbreitung der Sender im Netz sturmlaufen. Aber anstatt Schutzzonen für ihre Interessen zu fordern, sollten sie lieber Konzepte für einen chancengleichen Medienmarkt vorlegen. Ich halte die Finanzierung der Öffentlich-rechtlichen Sender mit eine Quasisteuer auch nicht für optimal, aber genausowenig die Unterbrechung von Sendungen mit Werbeblocks.

Schmalen. Ein Teil der Unterschrift „Information oder Desinformation?“ der eingefügten Bilder benennt auch einen Aspekt meiner Auseinandersetzung mit der HAZ, den ich mir vorgenommen habe an dieser Stelle zu behandeln.

Von Journalisten und Redakteuren habe ich immer noch die Vorstellung, daß sie in einer offenen Gesellschaft nicht mit Informationen ihre Adressaten (Leser und Zuschauer) manipulieren sollen, sondern sich als Lotsen in einer unübersichtlichen Landschaft aus Meldungen und Meinungen zu verstehen haben. Und da genügt es eben nicht, nur eine Agenturmeldung neben die anderen zu stellen, sondern es ist erforderlich, Verbindungslinien und Widersprüche zwischen verschiedenen Beiträgen aufzuzeigen. Diese gedankliche Vernetzung muß ja nicht jeder Agenturmeldung oder jedem Beitrag aus einem anderen Ressort beigelegt werden, aber als Leser muß man doch erkennen können, daß die Redaktionen auch selber verarbeiten, was sie den Lesern täglich vorsetzen. Eine Möglichkeit, diesem Ziel näher zu kommen, ist wie sie Gabor Steingart - Chefredakteur im Handelsblatt – MorningBriefing vom 14. März 11 zum Ausdruck bringt:

... Die heutige Handelsblatt-Ausgabe trägt die wichtigsten Argumente der Atomdebatte zusammen - sieben Argumente für, sieben Argumente gegen die Nutzung dieser Energie -, berichtet über die Probleme der Rückversicherer und warum der Wirtschaftsweisen Wolfgang Franz für die Weltwirtschaft keine Verwerfungen erwartet. ...

Eine andere Möglichkeit Widersprüche und Verbindungslinien zwischen den Meldungen sichtbar zu machen, ist, daß die Redaktionen der HAZ in ihrer Besetzung schon unterschiedliche Wahrnehmungsmöglichkeiten repräsentieren. Bisher habe ich den Eindruck, die HAZ-Redaktionen repräsentieren so einen Gesinnungseinheitsbrei mit dem der fiktive Leser in der politischen und bildungsmäßigen Mitte gefüttert werden soll. Ich bin mir hier in meinem Urteil aber unsicher. Aber wenn meine Annahme richtig ist, bin ich mir wieder unsicher, ob dieser Zustand durch Druck von „oben“ mit notgedrungener Unterordnung entstanden ist oder schon durch die Selektion bei der Einstellung ("Die Bewerber müssen zum „Stil“ des Hauses passen."), so daß die Zensur, die in einer solchen Selektion steckt, erst dann von den Betroffenen bemerkt wird, wenn sie sich inhaltlich fortentwickelt haben und dann auf internen Widerstand stoßen. Ich denke eine Tages- und auch Wochenzeitung – die nicht ein Parteiblatt sein will - hat nur dann eine Zukunft, wenn sie Vielfalt der Wahrnehmungen und Deutungen von Geschehnissen und die Vielfalt in der Leserschaft in der Einheit der Gesamtedaktion repräsentiert. Ich weiß aber von der Gründungsgeschichte der Grünen her, daß die Vielfalt in einer Einheit sich leicht fordern läßt, aber schwer herzustellen und nicht von allen zu ertragen ist.

Wenn bei uns und in der Welt aber die Freiheit und der Wohlstand in Sicherheit ausgebaut werden soll, dann macht es aber für die Zeitungsverlage mit Blick auf das Rendite-Niveau oder die Kurse ihrer Aktien keinen Sinn, wenn sie den Redaktionen die Weisung geben, gegensätzliche Interessen in der Leserschaft und der Gesamtgesellschaft zu kaschieren. In einer demokratischen Gesellschaft ist eine Zeitung, die sich als Flüstertüte (heutzutage Megaphon) der Regierenden und Mächtigen versteht, einfach eine widerliche Vorstellung.

Nehmen wir zum Beispiel den Streik der Lokomotivführer. Ich frag mich da, ob die Berichterstatter (und nicht nur die von der HAZ) ordnungspolitisch blind oder einfach nur feige sind. Die meisten Streiks könnten schon dadurch vermieden werden, daß die Löhne an Indexklauseln gebunden würden. Die jeweilige Anpassung der Löhne wären ein Ausgleich für ihre vorangehende inflationäre Entwertung und keine Lohnerhöhung. Aber hier müßte dann gleichzeitig die Abwehrbehauptung, die Indexierung der Löhne würde Inflation treiben, widerlegt werden und der Unmut der Gewerkschaften müßte ausgehalten werden, weil ihnen ein Werkzeug aus altem marxistischen Selbstverständnis entwertet würde. Der Streik ist nämlich ein Mittel, mit dem sich das Interesse an Gewerkschaften wachhalten läßt, in Wirklichkeit ist er aber ein untaugliches Mittel die Lebenssituation der Gesamtheit der Arbeitnehmer zu verbessern. Der Streik ist aber schon deshalb problematisch, weil er gerne dort praktiziert wird, wo er in die Rechte der Unbeteiligten eingreift. Und der einheitliche Tarif für alle Lokomotivführer ist zudem eine antimarktwirtschaftliche Kartellbildung. Dumpinglöhne und Unterbezahlung bekämpft man in der Marktwirtschaft mit Vollbeschäftigung. Die Vollbeschäftigung wird aber mit Hilfe der Wirtschaftswissenschaft und des Wirtschaftsjournalismus zu Gunsten des Kapitals verhindert. Die Schwierigkeiten mit unserer Ökonomie begannen, als die Kapitalquote am Volkseinkommen auf ein historisches Tief sank und die Lohnquote entsprechend stieg. Ich habe eine entsprechende Grafik aus der HAZ in Erinnerung, die das deutlich machte. Einen entsprechenden Hinweis aus einem anderen Text habe ich verfügbar:

Im Laufe der Hochkonjunktur in der ersten Hälfte der siebziger Jahre verzeichnete die Lohnquote eine ansteigende Tendenz und erreichte 1974 und 1975 mit 71,5 % ihren höchsten Stand. In umgekehrter Richtung entwickelte sich in diesem Zeitraum die Rentabilität. So beklagt der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Reduzierung der Eigenkapitalrendite der industriellen Aktiengesellschaften um 4,4 % von 9,5% auf 5,1 %.

Ich zitiere hier in meinem Text Nr. 1.2 „PLÄDOYER für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD im allgemeinen und in der FDP im besonderen“ vom Februar 1978 aus einem Manuskript von Werner Onken, einem Beitrag „Gerechte Einkommensverteilung und Konjunkturstabilität durch Finanzpolitik?“ für die *Zeitschrift für Sozialökonomie*. Und schreibe dann weiter:

Vor der Lohnquote und Kapitalquote liegt die Weggabelung, wo sich die FDP mit Rolf Breitenstein (Theodor-Heuss-Akademie - siehe Frankfurter Rundschau vom 09.11.1977 und SG-Kommentare Nr. 12, Dez. 77/Jan. 78) fragen muß, ob die FDP es sich leisten kann, das Thema „gerechtere Einkommensverteilung“ zu den Akten zu legen.

Wenn man bedenkt, daß im ursprünglichen Modell der Sozialen Marktwirtschaft das Kapitaleinkommen nur als eine Restgröße gedacht wurde, dann versteht man, daß dieser Begriff von der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftspolitik in sein Gegenteil verkehrt wurde. Die HAZ muß sich überlegen, ob sie diese Verlogenheit der Wirtschaftswissenschaft und -politik weiter stützen will und damit unvermeidbar Teilhaber dieser Verlogenheit wird. In einer solchen Haltung wäre die HAZ gefährlicher für unsere Gesellschaft einzustufen als alles was wir in Niedersachsen an Links- und Rechtsextremismus vorzuweisen haben. Ich habe heute die Nachrichten im ZDF über die Vorgänge im arabischen Königreich Bahrain gehört. In der Berliner Morgenpost ist zu lesen:

Blutige Unruhen im arabischen Königreich Bahrain

Freitag, 18. Februar 2011 02:19

Nach neuen blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei sind in der bahrainischen Hauptstadt Manama Panzer aufgefahren. Das Auswärtige Amt in Berlin rät jetzt von Reisen in das arabische Königreich ab.

Im ZDF-Bericht wurde ausdrücklich betont, daß es im Aufstand nicht um Brot, sondern um die Würde der Menschen geht. Es ist eine alte biblische Weisheit, daß der Mensch nicht allein vom Brot lebt. Wenn wir so weitermachen wie bisher, dann bleibt auch bei uns der Aufstand nicht aus und es wird ebenfalls nicht (nur) um Brot gehen.

Am 15. März 2011 berichtet Carola Böse-Fischer im Wirtschaftsteil der HAZ „K+S erwägt Öffnung alten Bergwerks / Im Werk Siegfried-Giesen liegen über 50 Millionen Tonnen Kali-

vorräte / 700 neue Jobs möglich“. Wenn heute irgendwo Jobs entstehen (können), dann darf man eine solche Aussicht natürlich nicht durch „unangemessene“ Fragen gefährden. Immerhin wird berichtet, daß 70% des Abraums (der Rückstände) wieder unter Tage gebracht werden. Es wird aber nicht gesagt, ob die restlichen 30% aus technischen oder aus Gründen der Rendite oben bleiben sollen. Aber immerhin wird ein Konflikt erwähnt, der zwischen den Landwirten und der Bergbaugesellschaft entstehen wird, weil letztere für Abraumhalde „40 bis 50 Hektar besten Bördeboden“ braucht. Aber weder aus diesem Bericht noch aus den Berichten über die Auseinandersetzungen zwischen den Erbbaupächtern und der Klosterkammer ist zu erkennen, daß es einen über Krieg und Frieden entscheidenden weltweiten Ur-Konflikt gibt, nämlich die Tatsache, daß die Erde und ihre Schätze eine Existenzbedingung aller Menschen sind und die Aussage von der (Rechts-)Gleichheit aller Menschen für die Katz ist, wenn die Erde und in Schätze von einer kleinen Minderheit als Privateigentum beansprucht werden kann. Konrad Adenauer wußte als Oberbürgermeister um die Unsittlichkeit des geltenden Bodenrechts (siehe Adolf Damaschke, Die Bodenreform) Als Bundeskanzler hat er seine Einsicht im ideologischen Abwehrkampf gegen den Kommunismus verdrängt. Das Erbbaurecht ist das (magere) Ergebnis mächtiger Bodenreformbewegungen vom Anfang des vorigen Jahrhunderts. Es taugt aber durchaus für eine gerechte Bodenbewirtschaftung in einer Marktwirtschaft, die vom Kapitalismus befreit wurde. In der heutigen Welt mit dem hohen Energieverbrauch ist es eine Frage der politischen Grenzziehung, ob die jeweiligen Menschen Nutznießer oder Sklaven der Energiefeudalherren sind. Heute ist es doch bei uns so, daß die Arbeitnehmer über die Energiepreise die Energiebarone¹⁹ in die Lage setzen, als Finanzinvestoren ihre von ihnen geschaffene Arbeitsstätten aufzukaufen und von ihnen zusätzlich verlangen können, mit ihren Lohnforderungen bescheiden zu sein, damit für sie eine „angemessene“ Rendite übrig bleibt. Was nützen die vielen aufwendigen Berichte und klugen Kommentare, wenn in den Medien die Grundkonflikte mit hoher Sprengkraft verdrängt oder verharmlost und nicht verhandelt werden.

Am 26. 2. 2011 vermeldet die HAZ

Energiepreise treiben Teuerungsrate Experten halten 4 Prozent Inflation für möglich

Berlin (rtr). Teure Energie hat die deutsche Inflationsrate im Februar auf der kritischen Marke von 2 Prozent gehalten. In den kommenden Monaten droht

¹⁹ Es ist egal, ob das arabische, russische oder andere sind.

eine stärkere Teuerung, weil der massive Ölpreisanstieg der vergangenen Tage infolge der Libyen-Krise in den Daten noch gar nicht enthalten ist. Einige Experten rechnen mittelfristig mit doppelt so hohen Inflationsraten. Sie erwarten, dass die Unternehmen höhere Kosten für Energie und Rohstoffe an ihre Kunden weiterreichen. ...

So wie im obigen Bericht wird häufig argumentiert, es handelt sich aber trotzdem um eine Desinformation. Ich gebe aber zu, daß es die Berichterstatter hier nicht leicht haben, denn in dem nachfolgenden Bericht wird der Sachverhalt mit der Autorität des US-Notenbank-Chefs scheinbar bestätigt. Scheinbar deshalb, weil nicht klar erkennbar ist, ob der letzte Satz eine taktische ablenkende Aussage ist oder ob er drängende journalistische Frager zufriedenstellen sollte. Aber schon stabile Lohnkosten als Vermeidung einer Inflation hinzustellen, ist fragwürdig. Wenn die Quantitätstheorie des Geldes richtig ist – und sie ist richtig, weil sie eine einfache Tatsachenbeschreibung ist und ohne diese Beschreibung wären wir in Bezug auf ein stabiles Preisniveau völlig hilflos - dann können auch Preiserhöhungen für Güter, die monopolistisch oder oligopolistisch auf dem Markt angeboten werden, nicht das Preisniveau erhöhen, also inflationistisch wirken. Sie müssen, wenn sie sich durchsetzen wollen, so stark im Markt sein, daß sie die Preise für andere Güter drücken können. Sie können in diesem Fall das Preisgefüge der Güter im Markt verändern. (Es verändert sich die Interdependenz der Preise.) Dadurch können durchaus einzelne Unternehmen oder ganze Branchen in Bedrängnis kommen. Aber dadurch kann nicht das Preisniveau verändert werden. Wenn das Preisniveau sich verändert, ist immer die Notenbank im Spiel (Oder der heute nicht durch die Zentralbank beherrschbare Teil der Geldmenge, der sich in verschiedene Horte ohne Kaufkraftwirkung befindet, ändert sich.). Der heutige Anstieg des Preisniveaus hat etwas mit dem Ankauf von Staatspapieren durch die EZB zu tun, nicht weil die Schuldtitel faul sind oder scheinen, sondern weil dadurch einfach zu viel Geld in den Umlauf gekommen ist.²⁰

In der HAZ vom 2. 3. 2011 ist zu lesen:

Bernanke zuversichtlich US-Notenbank-Chef steht Erholung der Konjunktur

...

Von den kräftig gestiegenen Preisen für Öl und andere Rohstoffe zeigte sich der Zentralbankchef indes unbeeindruckt. Angesichts stabiler Lohnkosten

²⁰ Am 25. 3. 11 vermeldet die HAZ unter „Der Hanseat läuft zu ungeahnter Hochform auf“: „Die Europäische Zentralbank besitze irische Staatspapiere über 77 Milliarden Euro, rechnet Trittin vor. Natürlich hafte Deutschland bei einem Ausfall mit.“ ... Der Eintritt des Haftungsfalles, ist das zweitrangige Problem und kann die Stabilität des Euros nicht erschüttern. Die eigentliche Gefahr besteht darin, daß die Zentralbank durch den Ankauf von Staatspapieren die Notenmenge vermehrt ohne Rücksicht auf das Maß, das eine Preisniveaustabilität garantiert.

sei allenfalls mit einem „vorübergehenden und moderaten Anstieg der Inflation bei den Verbraucherpreisen“ zu rechnen, sagte Bernanke. Auf Dauer könnten hohe Preise für Öl und andere Rohstoffe jedoch zu einer Bedrohung für das Wachstum und die Preisstabilität werden, räumte er ein.

Die wahren Gründe der Inflation können aus dem Bericht der HAZ vom 9. 3. 2011 herausgelesen werden. Die Keynesianer haben sich in dieser Runde um die richtige Währungspolitik gegen die Monetaristen durchgesetzt. Es kann allerdings auch sein, daß die EZB nach irgendeiner Seite der Politik hörig ist, in der es immer wieder naive oder gewissenlose Leute gibt, die glauben, man könne mit der Notenpresse seine Schulden tilgen oder seine politischen Projekte finanzieren.

Bundesbank-Chef geht nach Chicago

Axel Weber strebt eine einjährige Gastprofessur an/
„Es ist falsch, Stabilität an Personen festzumachen“

...

Nach seinem im Februar überraschend für Ende April angekündigten Abgang war immer wieder spekuliert worden, Weber könne zur Deutschen Bank gehen und dort womöglich Vorstandschef Josef Ackermann beerben. Doch für die nähere Zukunft hat der in der Pfalz geborene Weber sich eine Station in den USA ausgeguckt. Er verhandele mit der Universität Chicago über eine einjährige Gastprofessur, die er im Juni antreten könne.

„Das ist die erste Adresse, zu der man als Monetarist gehen kann“, sagte er. Keine andere Hochschule hat so viele Wirtschaftsnobelpreisträger hervorgebracht wie die in der Stadt am Lake Michigan.

...

Seinen nächsten Karriereschritt hatte er eingeleitet, da er den Entschluss der Europäischen Zentralbank (EZB) zum Kauf von Staatspapieren angeschlagener Euro-Länder nicht länger mittragen wollte. Weber beklagte erneut, mangelnden politischen Rückhalt in Deutschland für seine im EZB-Rat vorgebrachte ablehnende Haltung erhalten zu haben. Der Verzicht auf eine Kandidatur für das Amt des EZB-Präsidenten war eine Folge dieser Position, obwohl Kanzlerin Angela Merkel ihn dafür ins Rennen hatte schicken wollen. ...

Wenige Anmerkungen zu > „Forbes“-Liste: Noch nie gab es so viele Milliardäre“ in der HAZ vom 10.3. 2011 und „Mit der Lizenz zum Gelddrucken – Die Geheimnisse des Carlos Slim: ...“ (HAZ vom 12. 3), woraus ich schon zitiert habe.²¹ Im letztgenannten Beitrag von Klaus Ehringfeld heißt es u.a. :

21 Ich könnte hier noch einen Artikel von George Soros aus der Zeit vom 29. 7. 2010 hinzunehmen. Soros ist ein amerikanischer Investor, der 1992 erfolgreich gegen das britische Pfund spekuliert hat.

... Den entscheidenden Schritt macht Slim zehn Jahre später, als die mexikanische Regierung 1990 zahlreiche Staatsbetriebe privatisiert, darunter die Telefongesellschaft Telefonos de Mexico, Telmex. Telmex ist zu dieser Zeit ein typischer Staatsbetrieb lateinamerikanischer Prägung: korrupt und ineffizient. Unabhängige Buchprüfer schätzen den Wert des Festnetzmonopolisten auf zehn bis zwölf Milliarden Dollar. Slim erhält den Zuschlag für 1,76 Milliarden. Obendrauf gibt es auch noch das Festnetzmonopol für sieben Jahre. Der Deal ist eine Lizenz zum Gelddrucken. Heute sind Telmex und das im Jahr 2000 ausgegründete Mobilfunkunternehmen America Móvil Slims Goldesel. 87 Prozent der Mexikaner telefonieren über Slims Festnetzleitungen. ...

Eine solche Verschleuderung von Staatsvermögen hat es ja auch bei uns im Vereinigungsprozeß gegeben, wobei im Falle der Verscherbelung des Vermögens der DDR eigentlich um das Vermögen der dortigen Arbeitnehmer gehandelt hat, denn es war wesentlich durch das ihnen auferlegte indirekte Zwangssparen²² gebildet worden. Aber solche politischen Fehlleistungen sind nicht die eigentliche Ursache für die Vermögenskonzentration. Die Ursachen für eine Reichtumsvermehrung wie bei Soros und Slim liegen für mich eindeutig nicht in unternehmerischer Tüchtigkeit, sondern in der Fähigkeit, Systemfehler in den Währungen zu erkennen und sie ohne Rücksicht auf die Moral ganz legal auszunutzen. Bei Slim wird der Fehler, der zwar von den Bibelgestalten aber nicht von der großen Mehrheit der Menschen erkannt und nicht von der HAZ thematisiert wird²³, in einem beiläufigen Satz erwähnt:

Carlos Slim eröffnete mit zehn Jahren sein erstes Konto und stellt fest, dass es kaum Zinsen abwirft, und kauft lieber Sparbriefe. Mit zwölf steigt er in einem Wettstreit mit den Brüdern ein: Der Vater kontrolliert wöchentlich die Finanzen der Kinder. Carlos ist immer der Beste.

Der Zins ist nun ein Preis, ein Preis für die Überlassung von Liquidität, aber er stellt auch die Ausbeutungsrate der Arbeit dar, die beim häutigen Stande des Volksvermögens zwischen 30 und 40 % des Nettoeinkommens der Bürger beansprucht - in der Tendenz steigend -. Wer mehr als den genannten Prozentsatz seines Nettovermögens an Zins oder Rendite kassiert, gehört zu den Gewinnern, alle anderen zu den Verlierern, die von den Systemfehlern produziert werden. Katastrophen, wie die zur Zeit in Japan, helfen das Zinsniveau möglichst hoch zu halten. Ich habe in diesen Tagen den Beitrag „Wie Zerstörung von Sachkapital dem

22 Die Löhne wurden unter Wert zu Gunsten der Betriebe festgesetzt und das inflationär entwertete Guthaben wurde durch überhöhte Preise für einzelne Güter abgeschöpft. (Ich notiere hier ohne Kontrolle aus der Erinnerung.)

23 Stimmt ja nicht ganz. Ich habe weiter oben auf den Anlauf von Matthias Koch in der HAZ vom 23. 1. 11 hingewiesen.

Finanzsystem in die Hände spielt“ von Prof. Dr. Felix Fuders gelesen. Fuders lehrt in Chile Volkswirtschaft. Der Beitrag steht in der Zeitschrift *Humane Wirtschaft*.

Ich komme zum Artikel > „Pakt für den Euro“ steht / EU-Sondergipfel verständigt sich auf gemeinsames Stabilitätskonzept“ in der HAZ vom 12. 3. 2011 (und den in anderen Ausgaben folgenden Berichten zum Thema). Wenn ich die Berichte richtig gelesen habe, handelt es sich bei dieser Maßnahme nicht um die Stabilisierung des Euro, sondern um einen Pakt von Schuldnern (in Staatsform) zur Abwehr überhöhter Zinsforderungen privater Geldanleger. Daran, ob das Sinn macht, ohne die eigentlichen Ursachen für die Bedrängnis der Staaten zu beseitigen, habe ich meine Zweifel. Ich schließe mich hier der in der HAZ vom 25. Februar 2011 vermittelten Warnung an:

Ökonomen gegen Rettung ohne Insolvenz Warnung vor dauerhaftem Euro-Rettungsschirm

Hamburg / Hannover (dpa/e). 189 Volkswirtschaftsprofessoren aus ganz Deutschland lehnen den geplanten dauerhaften Rettungsschirm als Mittel gegen die europäische Finanzkrise ab. Als Schutz vor einer maßlosen Schuldenpolitik müsse Euro-Staaten auch künftig die Insolvenz drohen, erklärte die neue Plattform „Plenum der Ökonomen“. Sie vereint zahlreiche Professoren der Volkswirtschaftslehre (VWL) und meldete sich mit der Stellungnahme zur EU-Finanzkrise zu Wort. ...

Der Pakt für den Euro hat so lange mit der Stabilität des Euro nichts zu tun, wie die Staaten keinen Zugriff auf die Notenpresse haben und solange sie die EZB-Führung nicht weichklopfen können, einfach mit Hilfe der Notenpresse Schuldscheine von Staaten irgendwelcher Art direkt oder über den Markt aufzukaufen.²⁴ Dazu braucht man aber keinen Pakt, sondern klare Statuten der Europäischen Zentralbank. Wenn Staaten sich über den Kapitalmarkt verschulden hat das natürlich zur Folge, daß die Zinslast, die aus Steuern finanziert werden muß, größer wird. Wer heute jeweils den Nutzen und wer den Schaden durch die mit Schulden finanzierten Wohltaten der Staaten hat, ist ziemlich undurchsichtig. Auch wird der Handlungsspielraum der Regierungen und Parlamente nur im Moment größer, um in der Zeit wo Zins und Tilgung

24 Der Bericht „So will die EU den Euro retten“ von Hanna Roth in der HAZ vom 25. März 11 wird sicher korrekt wiedergeben, was die Presseabteilung der Regierung den Journalisten als Futter verabreicht hat. Aber die Leser der HAZ werden nicht wirklich über den Sinn oder Unsinn der Rettungsmaßnahmen informiert. Der Rettungsschirm und der „permanente Fonds (ESM)“ werden die Wirkung haben, die Zinssätze der unterschiedlichen Staatsschuldner tendenziell zu egalisieren. Dieses hat die Wirkung wie beim Finanzausgleich der Länder: Die Haushalte der schlecht wirtschaftenden Länder werden zu Lasten der Haushalte der gut wirtschaftenden Länder saniert. Mit der Euro-Rettung hat das höchstens indirekt zu tun, weil es unter den jetzigen Bedingungen die Währungsspekulation eindämmen kann.

geleistet werden muß, kleiner zu werden. Richtig ist auch, daß die Lasten der gegenwärtigen Generation auf die der zukünftigen gewälzt werden. Nur eine Gefährdung des Preisniveaus erfolgt auf diesem Wege nicht, weil der Staat über den Weg der Verschuldung nur stellvertretend für jene, die Ansprüche auf Güter im Markt erworben haben, Nachfrage hält. Die Märkte sind nur insofern betroffen, weil der Staat eine andere Nachfrage hält, als der Durchschnittsgeldanleger oder auch der Steuerzahlern, der letztlich zur Kasse gebeten wird. Die indirekte Gefahr für den Euro besteht darin, daß durch eine Überschuldung von einzelnen Staaten die Geldmärkte verunsichert werden und in Folge der Umlauf des Geldes und das Volumen der Horte beeinflußt wird. Hier liegt die eigentliche Gefahr für den Euro und für andere Währungen. Aber der Pakt ist hier nur eine unzulängliche Hilfe. Das Konzept, wie das geändert werden kann, liegt über hundert Jahre vor. Aber es gibt Professoren der Ökonomie, die davon noch nie etwas gehört haben und die HAZ berichtet auch nicht darüber und so bleibt die BWL (Betriebswirtschaftslehre) die Lehre, wie man die Systemfehler im Geld optimal ausbeutet und die VWL (Volkswirtschaftslehre) bleibt die Lehre von den vergeblichen Versuchen, mit untauglichen Mitteln die Fehler im Geldsystem zu beheben. Was macht es auch, wenn bei uns oder anderswo eine Gesellschaft den Bach herunter geht, man hat doch seine Extremisten und Terroristen, denen man die Schuld zuschieben kann.

Ich blende jetzt am Ende noch einen Auszug aus einem alten Text ein. Er zeigt, daß auch in der Zeit zwischen dem Kaiserreich und dem Dritten Reich, die Presse, die Kapitalkonzentration und die politische Blindheit ein Problem waren.

Der jüdische Arzt Dr. Max Sternberg aus Emden beginnt 1924 seine Schrift „Warum und wie zur Freiwirtschaft“ mit einem fiktiven Gespräch zwischen der Führung der Sozialdemokratie und dem damaligen Großindustriellen Stinnes. Stinnes bekennt gegenüber den Siegern der Novemberrevolution von 1918 seine und die Ohnmacht seiner Klassengenossen und billigt den Siegern alle Reformwünsche zu. Er überzeugt aber die sozialdemokratische Führung mit Hinweisen auf die marxistische Literatur davon, daß an der Goldwährung nicht gerüttelt werden dürfe. Und Sternberg fährt in seiner Schilderung fort:

Als Stinnes so gesprochen hatte, antwortete der Führer der Sozialdemokratie:

„Sie haben Recht, Herr Stinnes. Wenn wir die politische Macht haben, dann werden wir die Sache auch schmeißen, dann sozialisieren wir die Betriebe, aber von der Sozialisierung des Geldes, an die Sie jedenfalls denken, davon steht in unseren Lehrbüchern wahrhaftig kein Sterbenswörtchen, also ist sie

auch unnötig oder gar fehlerhaft. Seien Sie unbesorgt, unsere Goldwährung lassen wir in Frieden, ja unsere rote Garde soll als Wächter vor sie hingestellt werden."

Da ging Stinnes hinaus und sagte zu seinen Freunden: "Das Ding haben wir mal wieder fein gedreht. Die Toren da drinnen denken nicht einmal an die alte Volksweisheit: "Geld regiert die Welt." Die Toren da drinnen haben die Republik, aber keine Gebrauchsanweisung, und ich, ich gebe sie ihnen nicht. Die da haben die scheinbare Macht, nämlich die politische, ich aber, ich habe die wirkliche Macht, die Geldmacht. Die da haben die Hülle, ich aber habe den Kern. Die da werden in ihrer Blindheit mit der Tätigkeit der Notenpresse, mit der Helfferich angefangen hat, ruhig oder vielmehr mit verstärkter Macht fortfahren und damit ist ihr Bankrott besiegelt Was an mir liegt, soll alles geschehen, daß das Tempo der Notenpresse immer schneller gehen wird. Die Zeitungen werde ich aufkaufen. Sie mögen dann über die Notwendigkeit der Republik schreiben, wie sie wollen, aber über Geld und Währung sollen sie nichts schreiben, oder nötigenfalls nur so, daß das Volk weiter dumm gehalten wird. Wenn dann durch die Währungspuscherei allmählich die Zeit kommt, wo die Milch 20 Milliarden, das Brot 100 Milliarden kostet, wenn dann die Massen hungern, arbeitslos sind, dann werden wir die Arbeiter, nachdem sie sich gegenseitig zerfleischt haben, schon wieder unter das Joch des Kapitalismus vollständig niederzwingen. Ob aber das Volk trotz aller Verdunkelungstätigkeit meiner Presse doch nicht merken wird, wo die Wurzel allen Übels steckt? Nein, ich kenne die Wirkung der Presse. Die Presse wird ihre Schuldigkeit tun und wird dem braven Michel die Schlafmütze über die Ohren ziehen, und die Parteibonzen aller Parteien, ich sage ausnahmslos aller Parteien, werden sie bei dieser Tätigkeit unterstützen.

Und wenn die Not im Volke gar zu arg wird, nun, wozu hätten wir dann die lieben Juden? Hier müssen unsere Freunde von der deutschnationalen Volkspartei einsetzen. Sie werden das Volk schon dahin „aufklären“, daß nur die Juden an allem Unglück Schuld sind. Sie werden die Massen mit nationalen Phrasen benebeln. Auf eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze ist ja von jeher das dumme Volk hereingefallen, wenn die bevorrechtigten Klassen in Gefahr gerieten, an ihrer bevorzugten Stellung Einbuße zu erleiden. So 1811, 1849, 1880.

Somit fasse ich mein Urteil dahin zusammen: Voll Vertrauen in die Zukunft geblickt, denn die Notenpresse wird mit unfehlbarer Sicherheit die Novemberleute zum Bankrott bringen.

Die Schrift ist als Kopie des Originals und als Kopie einer Serie in der Zeitschrift „Der Dritte Weg“ unter den Ziffern 56.2.1 und 56.2.2 auf meiner Homepage in der Rubrik „Kleine wirtschaftliche Bibliothek“ einsehbar.

Auf die Frage, ob die Zeitungen, Zeitschriften und Magazine nach der großen Katastrophe der Nazi-Herrschaft und des zweiten Weltkrieges eine bessere ökonomische Aufklärung betrieben haben als ihre Vorgänger-Organen in der Weimarer Republik, antworte ich nach meiner Wahr-

nehmung mit einem eindeutigen Nein. Zwar dürfte es schwer fallen einem Presseorgan oder einem Sender nachzuweisen, daß sie absichtlich und bewußt Verdummungskampagnen gestartet haben; aber sie haben nicht oder konnten nicht über die prägenden Systemfehler in unserer und in der Weltökonomie aufklären, weil sie selber nicht von den Wirtschaftswissenschaften aufgeklärt wurden. Die HAZ war und ist in diesem Prozeß der ungewollten Desinformation nur ein Mitläufer. Und die Mitläufer haben das Potenzial, den Weg einer Gesellschaft in die Diktatur oder in eine bessere Zukunft den jeweiligen Führern stützend zu ermöglichen. Die große Aufgabe besteht darin, die Emanzipation der Mitläufer zu fördern und ihre Entwicklung zu selbständigen Läufern zu ermöglichen, zu solchen gesellschaftlichen Läufern, die Vertrauen in ihre eigene Gestaltungskraft entwickelt und gelernt haben, wie der Weg der Freiheit in Gerechtigkeit beschaffen sein muß.

Am 9. März habe ich mir auf ARTE den Film „Hitler & Mussolini – Eine brutale Freundschaft“ angeschaut. An irgendeiner Stelle wurde gesagt, daß die Hoffnung auf eine neue Welt die Menschen anfällig mache für politische Verführer. Aber was wären die Menschen ohne ihre Hoffnungen. Will man den abermillionen Menschen, die im Elend leben oder die mit vollem Bauch sich gedemütigt oder entmündigt fühlen, wie das Christentum und der Islam ²⁵ ein Paradies im Jenseits versprechen. Die Menschen wollen in ihrem Leben Konkretes. Damit sie in diesem Wollen nicht verführt werden, müssen ihnen konkrete gedankliche Bausteine geliefert werden, damit sie ihren Wünschen und Wollen ein Ziel geben und einen gangbaren Weg beschreiten können. Die Medien einschließlich der HAZ dienen heute mehr den Menschen in eine Schreckstarre mit Ohnmachtsgefühl verharren zu lassen, als ihnen eine Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Heute morgen habe ich beim Frühstück in der kleinen Zeitschrift „espero“ ²⁶(Nr. 67, März 2011) in einem Beitrag von Heinz Berek folgende Sätze gelesen:

Zwar reden alle von Bildung, in Wahrheit wird der gebildete junge Mensch, der aufgrund seines Wissens Zusammenhänge herstellen und kritisch hinterfragen kann, aber weder von der Politik noch von der Wirtschaft gewünscht. Trotz aller Lippenbekenntnisse will weder die Politik den mündigen, eigenverantwortlichen Bürger noch die Wirtschaft den eigene Ideen hervorbringenden und mitdenkenden Arbeitnehmer.

Diesen Vorgang, der eine Scheinmündigkeit produziert und an dem auch die Medien beteiligt

25 Wenn das im Islam nicht so wäre, gäbe es nicht so viele Selbstmörder.

26 Espero gehört zu einer der vielzähligen Non-Profit-Zeitschriften, die die Mängel unserer Massenmedien wenigstens zum Teil kompensieren.

sind, kann man nach Paulo Freire als die kulturelle Invasion benennen. In der Einführung von Ernst Lange in die „Pädagogik der Unterdrückten“ von Paulo Freire heißt es:

Das wichtigste Instrument dieser „kulturellen Invasion“, die Besetzung des Bewußtseins der Unterdrückten mit den Mythen der Unterdrücker, ist die Erziehung im weitesten Vertand des Wortes: das institutionelle Bildungswesen ebenso wie die informellen Lernprozesse, die sich im Klima von Gewalt und Angst ständig vollziehen.

An anderer Stelle heißt es bei Freire:

Erziehung kann niemals neutral sein. Entweder ist sie ein Instrument zur Befreiung des Menschen, oder sie ist ein Instrument seiner Domestizierung, seiner Abrichtung für die Unterdrückung.

Ich denke, diese Aussage gilt auch für die Medien. Von der HAZ habe ich den Eindruck, daß weder die Verlagsleitung noch die Redaktion sich eindeutig auf die Seite der Unterdrücker noch auf die Seite der Befreier schlagen wollen. Das Geschäft soll in jedem Fall blühen, egal wer im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß obsiegt, die Befreier oder die Unterdrücker. Es wäre gut, ich hätte Anlaß bis zum Ende meiner Tage zu einem anderen Urteil zu kommen.

Ein Nachtrag:

Durch einen Krankenhausaufenthalt und andere Aufgaben hat sich der Abschluß dieser Arbeit verzögert. Da ich nicht für den Tag schreibe, kommt es auf eine Woche oder Monat nicht an. Eine Situation von denen Menschen, die von ihrer Schreibe leben, nur träumen können. Ich hatte durch die Unterbrechung noch die Möglichkeit, das Heft 309 der „Informationen zur politischen Bildung“ mit dem Thema „Massenmedien“ zu lesen. In dem Heft sind viele Fakten und Berichte zusammengetragen. Der Wandel in der Medienlandschaft wird in der Zusammenschau deutlich. Die Trennung zwischen Berichterstattern und Meinungsmachern als Anbieter von Informationen und Meinungen einerseits und den Mediennutzern als Nachfrager danach verschimmt zusehends. Aber es werden auch Chancen für Journalisten als Lotsen des Bürgers im Meer der Inflationsflut aufgezeigt.

Enttäuscht über das Heft der Bundeszentrale für Politische Bildung war ich insofern, weil wenig über die Nonprofit-Publikationen berichtet wird. Nun, der Titel der Berichterstattung ist ja auch *Massenmedien* und dazu gehören die genannten Zeitschriften ja nicht, wenn sie in der Summe der Auflagen auch eine Masse bilden. Unter „Der Printmarkt ...“ heißt es: ...“dazu

gibt es etwa 3700 Fachzeitschriften mit einer Auflage von 15 Millionen.“ ... „und zehntausende Vereinsblätter, Werks- und Betriebszeitschriften, Kundenorgane, Schülerzeitungen, Mitteilungen von Bürgerinitiativen, den Kirchen und anderen Weltanschaulichen Gruppen.“ ...“Und auch das (neben dem Buch) älteste gedruckte Massenmedium gibt es weiterhin: Flugblätter ...“

Die Zeitungen unterliegen aber besonders den Druck des Wandels. Während 86% der Gesamtbevölkerung das Fernsehen für ihre Unterhaltung und Information nutzen greifen zur täglichen Zeitungslektüre nur noch 44% der Bevölkerung. Und bei den 14- bis 29-jährigen sind es nur noch 26 Prozent. S.3 Die HAZ wird sich weiter wandeln und entwickeln müssen, wenn sie überleben will oder soll. TA